

Netropolitische Wahlbarometer

Erläuterungen zu den Fragen und Antworten

Frage 1: Sollen Online-Plattformen für Urheberrechtsverletzungen ihrer UserInnen haftbar gemacht werden, wenn diese keinen Uploadfilter einführen?

#Copyright #Urheberrecht #uploadfilter

ÖVP

“Die Richtlinie zum Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt soll das europäische Urheberrecht für die Herausforderungen der digitalisierten Welt stärken. Das ist wesentlich für den Schutz geistigen Eigentums und ein unabdingbarer Schritt im Wettbewerb mit Online-Konzernen. Große Online-Plattformen können nicht einfach ungefragt Inhalte, die andere produziert haben, verwenden, um damit Geschäfte zu machen. Wer Content von anderen verwendet, soll dafür auch einen angemessenen Beitrag leisten. Die Urheberrechts-Richtlinie wird in den kommenden zwei Jahren auf nationaler Ebene umgesetzt. Im Rahmen der genauen gesetzlichen Ausgestaltung werden selbstverständlich Experten und involvierte Stakeholder eingebunden und es soll eine möglichst praxisnahe Umsetzung gewährleistet werden, die auch Erfordernisse, Erfahrungen und Entwicklungen bestmöglich berücksichtigt.”

Die ÖVP hat sich auf EU-Ebene für verpflichtende Uploadfilter und somit eine Zensurmaschinerie eingesetzt und dieser zugestimmt. Auch aus Ihrer Antwort geht hervor, dass sie diese Form der Regulierung wünschen.

SPÖ

“Die SPÖ hat im März dieses Jahres im Unterschied zur ÖVP und zur FPÖ gegen die umstrittene Reform des Urheberrechts gestimmt. Die sogenannten Uploadfilter führen nämlich zur Zensur und schränken die Meinungsfreiheit ein. In diesem Zusammenhang sei an die von Millionen Menschen in Europa unterschriebene Petition für die Freiheit des Internets erinnert. Dennoch wird auch Österreich richtlinienkonform umsetzen müssen, wenn die gegenständlichen Bestimmungen nicht vom Europäischen Gerichtshof aufgehoben wird.”

Das Abstimmungsverhalten im EU-Parlament als auch die Antwort zeigen, dass die SPÖ gegen Uploadfilter ist.

FPÖ

keine Antwort

Die FPÖ hat sich bei der Abstimmung im EU-Parlament als auch im Fragebogen dieser Frage enthalten.

NEOS

“Nein, hier sind wir entschieden dagegen. Zwar muss das Urheberrecht an die digitale Welt angepasst werden, Uploadfilter sind aber der falsche Weg, weil sie den Aufbau einer Zensurinfrastruktur fördern und die Meinungsäußerungsfreiheit einschränken. Zudem führen Uploadfilter dazu, dass sich Unternehmen vom europäischen Markt entfernen.“

Die NEOS sind laut Abstimmungsverhalten als auch Statement gegen Uploadfilter.

Liste Jetzt

“Es braucht definitiv eine Modernisierung des Urheberrechts. Die verpflichtende Einführung von Uploadfiltern für Online-Plattformen, wie sie die entsprechende EU-Richtlinie nahelegt, wäre jedoch absolut unverhältnismäßig. Insofern: Web-Giganten zur Verantwortung ziehen: ja; Uploadfilter: nein.“

Die Liste jetzt ist gegen Uploadfilter, was aus der Antwort hervorgeht.

Die Grünen

“Wir Grüne haben Uploadfilter immer abgelehnt und auch im EU - Parlament dagegen gestimmt. Uploadfilter und Leistungsschutzrecht wirken sich negativ auf das Internet aus. Sie gefährden unsere Demokratie und die Meinungsfreiheit und schützen nicht die Autor_innen, sondern große Verlage und Konzerne. Da das Gesetz trotz unseres Widerstands beschlossen wurde, gilt es nun bei der nationalen Implementierung darauf zu achten, die negativen Auswirkungen so weit wie möglich einzudämmen. Sofern möglich, sollen Plattformen nicht über eine potenzielle Haftung für Urheberrechtsverletzungen ihrer User_innen dazu gezwungen werden können, Uploadfilter einzuführen.“

Die Grünen sind laut Anfragebeantwortung als auch Abstimmungsverhalten gegen Uploadfilter

KPÖ

“Nein. Wir sind gegen Upload-Filter. Weder ISPs noch Plattform-Betreiber sollen zu Hilfsherifs bei der Durchsetzung der Profitinteressen der Content-Industrie gemacht werden.“

Die KPÖ ist laut Anfragebeantwortung gegen Uploadfilter.

Der Wandel

“Das neue EU Urheberrecht ist eine Richtlinie von Konzernen für Konzerne. Wir fordern deshalb, den maximalen Spielraum bei der Übersetzung in nationales Recht auszunutzen bzw. ihn sogar zu überdehnen, um Uploadfilter zu verhindern.“

Der Wandel ist laut Anfragebeantwortung gegen Uploadfilter.

Frage 2: Soll öffentliche Videoüberwachung mit Gesichtserkennungssoftware ausgestattet sein, die Gesichter mit diversen Datenbanken abgleicht? #gesichtserkennung #facialrecognition

ÖVP

“Jede Maßnahme im Interesse der öffentlichen Sicherheit muss einer Güterabwägung unterliegen, sowie der Zielsetzung und rechtsstaatlichen Prinzipien entsprechen. Klar ist, in den letzten Jahren ist die terroristische Bedrohung in der Europäischen Union massiv angestiegen. Auch in Österreich spüren wir dies. Organisierte Banden oder terroristische Vereinigungen nutzen dabei ebenso die Möglichkeiten modernster Technologie. Daher müssen wir unseren Ermittlungsbehörden das notwendige Rüstzeug geben, damit sie diese auch bekämpfen können. Moderne Ermittlungsmethoden müssen klar anlassbezogen zur Verwendung kommen und es muss auch durch Rechtsschutzmaßnahmen sichergestellt werden, dass kein Eingriff in die verfassungsrechtlich gewährten Grundrechte stattfindet.“

Nicht nur die Anfragebeantwortung, auch die während Türkis-Blau beschlossene Form der Gesichtserkennung, die ab Dezember 2019 zum Einsatz kommt, lassen ein eindeutiges JA vermuten.

SPÖ

“Nein, natürlich nicht. Das von der vorigen Regierung vorgelegte und im Parlament mit den Stimmen der Regierungsfractionen umgesetzte Überwachungspaket sieht schon jetzt Überwachung im öffentlichen Raum in einem Ausmaß vor, welches die Privatheit im öffentlichen Raum nach unserer Ansicht grundrechtswidrig einschränkt.“

Die SPÖ ist gegen den Einsatz von Gesichtserkennung.

FPÖ

keine Antwort

Die während der türkis-blauen Regierungszeit beschlossene Form der Gesichtserkennung, die ab Dezember 2019 zum Einsatz kommt, lässt ein eindeutiges JA vermuten.

NEOS

“Nein, der zunehmenden Überwachung der Menschen gilt es entschieden entgegenzutreten. Im Besonderen dürfen Videokameras im öffentlichen Raum nicht zur allgemeinen Überwachung der Bevölkerung zweckentfremdet werden, schon gar nicht mittels Gesichtserkennungssoftware, da dies Missbrauch Tür und Tor öffnet und der Idee einer freien Gesellschaft entgegensteht.“

Die NEOS sind gegen den Einsatz von Gesichtserkennung.

Liste Jetzt

“Nein. Gesichtserkennung per Videoüberwachung ist ebenso abzulehnen und zu bekämpfen wie jede andere Maßnahme aus Kickls verfassungsfeindlichem Überwachungspaket.“

Die Liste Jetzt ist gegen den Einsatz von Gesichtserkennung.

Die Grünen

“Nein. Wir Grüne lehnen die anlasslose Massenüberwachung von Menschen grundsätzlich ab. Zudem zeigen Praxiserfahrungen, dass die Fehlerquote von automatischer Gesichtserkennung zu hoch ist und permanente falsche Alarmmeldungen zur Folge hat. Dies führt zu einer unbegründeten Belästigung von Passant_innen und verursacht immensen Personalaufwand. Auch eine automatisierte Auswertung von Bewegungsmuster o.ä. lehnen wir ab.“

Die Grünen sind gegen den Einsatz von Gesichtserkennung.

KPÖ

“Nein. Wir sind gegen die flächendeckende Videoüberwachung des öffentlichen Raums, insbesondere auch gegen den Einsatz von Gesichtserkennungssoftware.“

Die KPÖ ist gegen den Einsatz von Gesichtserkennung

Der Wandel

“Es gibt keinen Grund und keine Rechtfertigung für anlasslose Massenüberwachung.“

Der Wandel ist gegen den Einsatz von Gesichtserkennung.

Frage 3: Sollen die Daten aller Internetdienste gleich schnell übertragen werden und gleich viel kosten?

#netzneutralitaet #netneutrality

ÖVP

“Wir bekennen uns klar zur Netzneutralität. Denkbar wäre allenfalls – jedoch nur wenn dies ohne Gefährdung des Grundsatzes der Netzneutralität in Abstimmung mit Experten und involvierten Stakeholder umsetzbar ist – für Dienste, die im Interesse der Öffentlichkeit stehen (z.B. Wissenschaft und Forschung oder auch für Operationen), Verkehrsregeln zu implementieren, die ein reibungsloses Funktionieren dieser Dienste gewährleisten.“

Die Antwort der ÖVP ist zwar befriedigend, die Partei hat allerdings als einzige österreichische Partei GEGEN die Einführung der gesetzlichen Regeln zur Netzneutralität gestimmt.

SPÖ

“Ja, dies ist eine der Grundlagen der Freiheit des Internets und bietet damit zumindest eine, wenn auch eingeschränkte, Chancengleichheit in der Freiheit der Meinungsäußerung.“

Die SPÖ spricht sich für Netzneutralität aus.

FPÖ

keine Antwort

Die FPÖ hat nicht geantwortet, aber für Netzneutralität auf EU-Ebene gestimmt und betont auch immer wieder in Statements und Presseaussendungen, Netzneutralität als wichtig zu erachten. Norbert Hofer hat auch als Infrastrukturminister die Strafen bei Verstößen dahingehend erhöht.

NEOS

“Ja. Die Netzneutralität ist eines der wichtigsten Prinzipien des freien Internets und sollte unbedingt erhalten werden.“

Die NEOS sprechen sich für Netzneutralität aus.

Liste Jetzt

“Ja. Jegliche Form von Zero Rating bedroht das offene Internet und schränkt VerbraucherInnenrechte ein.“

Die Liste Jetzt spricht sich für Netzneutralität aus.

Die Grünen

“Die Grünen stehen klar für ein freies, offenes und zensurfrees Netz. Netzneutralität ist einer der Grundpfeiler des Internets. Eine Auflockerung fördert ein Zwei-Klassen-Internet, das große Telekom- und Internetkonzerne bevorzugt. Das schadet den User_innen die sich keine Premium-Zugänge leisten können ebenso wie kleineren Unternehmen und führt zu Wettbewerbsverzerrungen.“

Die Grünen sprechen sich für Netzneutralität aus.

KPÖ

“Ja. Das Prinzip der Netzneutralität ist für uns wichtig, um die offene Architektur des Internets und damit das Potential für Innovation und Entwicklung bewahren.“

Die KPÖ spricht sich für Netzneutralität aus.

Der Wandel

“Ja. Wir befürworten eine strenge Auslegung der Netzneutralität auf regulatorischer Ebene (z.B. europaweites Verbot von zero ratings). In der kommenden Legislaturperiode wird die Frage der Netzneutralität durch die Einführung von 5G neu aufgerollt und womöglich durch die Einführung von Spezialdienstregelungen unterwandert werden. Wir fordern deshalb die Einsetzung einer ‘digitalen’ Enquete-Kommission, um die Öffentlichkeit des Themas zu erhöhen und den Wissenstand in der Bevölkerung zu erhöhen.“

Die Wandel spricht sich für Netzneutralität aus.

Frage 4: Sollen Strafverfolgungsbehörden in die Lage versetzt werden, mit einer Software auf den Endgeräten von Nutzern verschlüsselte Kommunikation (z.B. Über WhatsApp) abhören zu können?

#bundestrojaner #governmentsypware

ÖVP

“Mit der Möglichkeit einer Entschlüsselung, im Zuge von gerichtlichen Ermittlungen, bekämpfen wir gezielt Terrorismus und schwere Kriminalität und schließen bisherige Lücken in der Ermittlungsarbeit unserer Sicherheitsbehörden. Wenn Verbrecher vom Telefon auf verschlüsselte Kommunikation wie Skype oder Whatsapp umsteigen, dann konnte die polizeiliche Überwachung bisher nicht mehr stattfinden. Die Justiz muss aber auf diese Informationen im Anlassfall zugreifen können, etwa um

diese Daten als Beweis für die Strafverfolgung nutzen zu können. Die neuen Ermittlungsmethoden umfassen höchste Rechtsschutzstandards und werden nur individuell und nach richterlichem Beschluss eingesetzt.“

Die ÖVP ist für den Einsatz eines Bundestrojaners.

FPÖ

keine Antwort

Die FPÖ ist für den Einsatz eines Bundestrojaners. Das Projekt Bundestrojaner wurde unter der Federführung von Herbert Kickl vorangetrieben.

SPÖ

“Nach dem bisherigen Stand der Technik gibt es keine Lösung, die eine solche Aufgabe grundrechtskonform erfüllen könnte. Die SPÖ hat daher auch die diesbezüglichen Bestimmungen vor dem Verfassungsgerichtshof angefochten.“

Die SPÖ ist gegen den Einsatz eines Bundestrojaners.

NEOS

“Nein, denn diese staatliche Spionagesoftware ist eine extrem teure und missbrauchsanfällige Maßnahme und gefährdet die IT-Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Denn der Staat muss dafür Sicherheitslücken in Computersystemen ausnutzen und erhält dadurch zwangsläufig Zugriff auf das gesamte überwachte Gerät. Wir bekämpfen deshalb auch den vergangenes Jahr beschlossenen Bundestrojaner beim Verfassungsgerichtshof.“

Die NEOS sind gegen den Einsatz eines Bundestrojaners.

Liste Jetzt

“Nein. Derlei Software (vgl. Bundestrojaner) schränkt unsere Persönlichkeitsrechte massiv ein und gefährdet die sichere Nutzung von verschlüsselten Diensten“

Die Liste Jetzt ist gegen den Einsatz eines Bundestrojaners.

Die Grünen

“Nein. Das in der letzten Legislaturperiode beschlossene Gesetz zur Abhörung von verschlüsselten Nachrichten ist äußerst bedenklich, da nach derzeitigem Stand der Technik das heimliche Eindringen in ein fremdes Computersystem nur mittels Ausnutzens von Sicherheitslücken im Computersystem möglich ist. Mit diesem Gesetz nützt der Staat nun derartige Sicherheitslücken zur Aufklärung gewisser Straftaten und gefährdet durch das Öffnen dieser Sicherheitslücken großer Teile der Bevölkerung. Aufgrund dieser nicht zu rechtfertigenden Gefahr eines sog. Bundestrojaners unterstützen wir den im Parlament liegenden Antrag zur “Rücknahme der Überwachung

verschlüsselter Nachrichten“ (892/ A). Auch vergangene Ausweitungen der Befugnisse für die Polizei haben gezeigt, dass damit der missbräuchlichen Verwendung Tür und Tor geöffnet wird. Die Sicherheitsbehörden haben die Bevölkerung vor Cyberattacken bestmöglich zu schützen. Sollten den Behörden Sicherheitslücken in IT-Systemen bekannt sein, müssen umgehend Maßnahmen gesetzt werden, diese zu schließen.“

Die Grünen sind gegen den Einsatz eines Bundestrojaners.
KPÖ

“Nein. Wir sehen in den sogenannten Sicherheitspaketen schwerwiegende Eingriffe in die Grundrechte. Abgesehen von der fragwürdigen Wirksamkeit haben wir Bedenken sind in der technischen Umsetzung und deren Folgen für die IT-Sicherheit. Angesichts der heutigen technischen Möglichkeiten ist die Gefahr einer Gedankenpolizei a la George Orwells Roman “1984” erschreckend konkret.“

Die KPÖ ist gegen den Einsatz eines Bundestrojaners.

Der Wandel

“Nein.“

Der Wandel ist gegen den Einsatz eines Bundestrojaners.

Frage 5: Soll die Vorratsdatenspeicherung wieder eingeführt werden? #vorratsdatenspeicherung #vds #dataretention

ÖVP

“Eine etwaige Einführung der Vorratsdatenspeicherung in Europa kann nur im Einklang mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes erfolgen, der frühere Regelungen als nicht EU-rechtskonform erachtet hat. Im Lichte dieser Rechtsprechung ist die EU-Kommission daher gefordert zu evaluieren, ob und wie eine EU-rechtskonforme Lösung aussehen könnte.“

Die ÖVP hat in der Vergangenheit - auch unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft - bewiesen, dass es ihr ein Anliegen ist, diese Form der Überwachung wieder einzuführen.

SPÖ

“Nein, die SPÖ ist gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung, da diese weder verhältnismäßig, noch mit den Grundsätzen der Datenknappheit und Datensparsamkeit vereinbar ist.“

Die SPÖ ist gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung.

FPÖ

keine Antwort

Die FPÖ hat in der letzten Regierungsperiode nicht nur neue Formen der Vorratsdatenspeicherung versucht wieder einzuführen (z.B. Digitalsteuer), sondern auf EU-Ebene weitere Bestrebungen unter österr. Ratspräsidentschaft gefördert.

NEOS

“Nein, wir lehnen eine anlasslose Massenüberwachung durch die Vorratsdatenspeicherung klar ab, da dies einen massiven und unverhältnismäßigen Eingriff in die Privatsphäre der Bürger_innen bedeuten würde.“

Die NEOS sind gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung.

Liste Jetzt

"Nein. Wer unnötigerweise und wahllos Daten über BürgerInnen speichert, stellt sie unter Generalverdacht und riskiert deren Sicherheit (s. aktueller Vorratsdatenfall in Dänemark)."

Die Liste Jetzt ist gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung

Die Grünen

"Nein. Die Grünen haben gemeinsam mit dem AK-Vorrat und über 11.000 Bürger_innen die Vorratsdatenspeicherung angefochten und damit das EuGH-Urteil ermöglicht. Das Verfahren hat gezeigt, dass sich verdachtsunabhängige Massenspeicherung nicht mit den Grundrechten vereinbaren lässt. Die Vorratsdatenspeicherung hat sich auch als nicht wirksam in der Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Kriminalität erwiesen. Es soll daher keine neue Richtlinie dazu geben. Wir befürworten auch eine klar definierte Löschrfrist für Verkehrsdaten bei Internetserviceprovidern, damit über diese nicht eine Vorratsdatenspeicherung durch die Hintertür ermöglicht wird."

Die Grünen sind gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung.

KPÖ

"Nein."

Die KPÖ ist gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung.

Der Wandel

"Nein. Es gibt keinen Grund und keine Rechtfertigung für anlasslose Massenüberwachung."

Der Wandel ist gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung.

Frage 6: Sind die derzeitigen Befugnisse der Polizei zur Prävention und Bekämpfung von Kriminalität aus Sicht der Partei ausreichend oder zu weit gegriffen?

#polizeibefugnisse

ÖVP

"Es ist wichtig, dass die Polizei Mittel hat, um Verbrechen zu bekämpfen. Da sich Kriminalität ändert, muss die Polizei am Laufenden sein. Würden die Ermittlungsmethoden und Befugnisse der Polizei nicht weiterentwickelt werden, würde das einen kontinuierlichen Sicherheitsverlust bedeuten."

Für die ÖVP sind die derzeitigen Befugnisse der Polizei nicht ausreichend.

SPÖ

"Die derzeitigen Befugnisse sind durchaus ausreichend. Die für die SPÖ überschießenden Bestimmungen (zB. Bundestrojaner) werden gegenwärtig auf Antrag der SPÖ vom Verfassungsgerichtshof geprüft."

Die SPÖ hält die derzeitigen Befugnisse für ausreichend.

FPÖ

keine Antwort

Unter Türkis-Blau hat auch die FPÖ mit ihrem Innenminister laufend Befugnisse ausgeweitet.

NEOS

“Klar ist: Absolute Sicherheit gibt es nicht. Unsere Sicherheitsbehörden leisten tagtäglich einen wichtigen Beitrag zu größtmöglicher Erhaltung unserer Sicherheit und können dazu bereits auf eine Vielzahl von Ermittlungsmaßnahmen zurückgreifen. Manche bestehenden Instrumente werden allerdings nicht einmal ansatzweise ausgeschöpft. Bevor neue Befugnisse eingeführt werden, sollen daher sämtliche bestehende Ermittlungsmethoden systematisch analysiert und evaluiert werden.“

Die NEOS halten derzeitige Befugnisse für ausreichend.

Liste Jetzt

“Da, wo es Befugnisse braucht, um zielgerichtet und verdachtsbasiert zu ermitteln, sind sie sinnvoll. Das Überwachungswahnsinnige Erbe von Ex-Innenminister Kickl greift in so ziemlich allen Fällen zu weit.“

Die Liste Jetzt hält die derzeitigen Befugnisse für ausreichend und teilweise zu weit gegriffen.

Die Grünen

“Aus Sicht der Grünen sind die derzeitigen Befugnisse insbesondere durch die Einführung zusätzlicher Überwachungsmaßnahmen im Rahmen des “Sicherheitspakets 2018” zu weit gegriffen. Grundsätzlich sollte das Vertrauen in die klassische, kriminologische Polizeiarbeit wieder gestärkt werden. In vielen Fällen von terroristischen Anschlägen stellt sich im Nachhinein heraus, dass die Polizei eigentlich über Informationen verfügte, diese aber beispielsweise nicht mit anderen Behörden geteilt hat und eine Verhinderung der Attentate deshalb nicht möglich war. Bestehende Befugnisse müssen auf ihre Wirksamkeit und Effektivität evaluiert und gegebenenfalls zurückgenommen werden.“

Die Grünen halten die derzeitigen Befugnisse für ausreichend und teilweise zu weit gegriffen.

KPÖ

“Sie sind zu weit gegriffen; besorgniserregend sind die vielen politischen Vorstöße die Befugnisse weiter auszudehnen.“

Die KPÖ hält die derzeitigen Befugnisse für zu weit gegriffen.

Der Wandel

“Meist ausreichend. Manche Dinge gehen aber klar zu weit und sind demokratiefeindlich. Z.B. die Tatsache, dass Kundgebungen nun 48 Stunden, statt früher 24 Stunden, vorher angemeldet werden müssen.“

Der Wandel hält die derzeitigen Befugnisse für zu weit gegriffen.

Frage 7: Soll die Datenschutzbehörde mehr Ressourcen und Personal bekommen?

#dsgvo #datenschutz #dataprotection

ÖVP

“Der unabhängigen Datenschutzbehörde kommt zentrale Bedeutung bei der Wahrung des Datenschutzes zu. Selbstverständlich muss sie über die für die Erfüllung der ihr übertragenden Aufgaben notwendigen Ressourcen verfügen.“

Die ÖVP spricht sich nicht dezidiert für eine Erhöhung der Ressourcen aus.
SPÖ

“Selbstverständlich, da die Datenschutzbehörde immer wichtigere Aufgaben wahrzunehmen hat und auch in ihrer präventiven Funktion tätig werden sollte, wozu sie nach der gegenwärtigen Ausstattung nicht in der Lage ist.“

Die SPÖ spricht sich für eine Erhöhung der Ressourcen aus.

FPÖ

keine Antwort

Die Position der FPÖ dahingehend ist unbekannt.

NEOS

“Ja, um dem erhöhten Beschwerdeaufkommen und den zusätzlichen Aufgaben, die die Datenschutzbehörde seit Inkrafttreten der DSGVO wahrzunehmen hat, zu entsprechen, ist eine Aufstockung der Personalressourcen notwendig.“

Die NEOS sprechen sich für eine Erhöhung der Ressourcen aus.

Liste Jetzt

“Ja und ja. In dem Zusammenhang würden wir auch finanzielle Mittel für Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit begrüßen.“

Die Liste Jetzt spricht sich für eine Erhöhung der Ressourcen aus.

Die Grünen

“Ja. Wie die Datenschutzbehörde im Datenschutzbericht 2018 erneut anführt, steht die personelle Ausstattung in keinem Verhältnis zur Verdreifachung der Beschwerdefälle. Zudem fordern die Grünen, dass die Datenschutzbehörde zunehmend auch bewussteinbildende Maßnahmen setzen

und Betriebe und Vereine bei der Umsetzung der DSGVO unterstützen soll, um Datenschutzverletzungen vorzubeugen. Dafür ist ebenfalls eine massive Aufstockung der Ressourcen notwendig.“

Die Grünen sprechen sich für die Erhöhung der Ressourcen aus.

KPÖ

„Ja.“

Die KPÖ spricht sich für die Erhöhung der Ressourcen aus.

Der Wandel

„Ja. Es ist erschreckend zu sehen, dass die Datenschutzbehörde bisher unter jeder Regierung an Personal- und Ressourcenmangel gelitten hat. Um dieses Muster zu durchbrechen, muss in der Politik auch viel mehr Bewusstsein für ihre Aufgaben geschaffen werden.“

Der Wandel spricht sich für die Erhöhung der Ressourcen aus.

Frage 8: Soll Tracking auf EU-Ebene gesetzlich eingeschränkt werden?

[#ePrivacy](#) [#tracking](#)

ÖVP

„Effektiver und unbürokratischer Datenschutz ist von großer Bedeutung. Gleichzeitig gilt es aber auch, im Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen, dass die Innovationsfähigkeit europäischer Unternehmen sowie die Vielfalt europäischer online-Medieninhalte erhalten und gefördert werden.“

Die Position der ÖVP ist unklar. Sie spricht sich zwar unter Vorbehalt für ein Tracking-Stop aus, hat das Vorantreiben der dazugehörigen e-Privacy Verordnung während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft aber bewusst eingebremst.

SPÖ

“Ja. Es wäre an der Zeit, dass die geplante ePrivacy-Verordnung endlich verabschiedet wird, bevor sie in ihrem Schutz noch weiter abgeschwächt wird. Die SPÖ hat auch die Rolle der österreichischen Bundesregierung unter Bundeskanzler Sebastian Kurz in Anfragen problematisiert, da diese die in Aussicht genommene Verordnung in ihrer Substanz aushöhlte und hinsichtlich der Erledigung verzögerte. Die Konsumentinnen und Konsumenten müssen vor der wirtschaftlichen Auswertung ihrer Daten geschützt werden. Durch viele Geschäftsmodelle wird jetzt schon einem Tracking zugestimmt, wenn in Zukunft keine Zustimmung mehr notwendig sein sollte, entfällt jeder Schutz der Privatsphäre.“

Die SPÖ ist für eine Tracking-Einschränkung.

FPÖ

keine Antwort

Die Position der FPÖ ist dahingehend unbekannt. Norbert Hofer hätte unter österr. Ratspräsidentschaft die Möglichkeit gehabt, die e-Privacy-Verordnung voranzutreiben, hat dies aber auch nach Aufforderung unterlassen.

NEOS

“Ja, wir sprechen und hier klar für eine europäische Lösung und gegen Rückschritte beim Datenschutz aus. Daher halten wir die Umsetzung der ePrivacy-Verordnung für längst überfällig, um die Privatsphäre im Netz in Zukunft noch besser zu schützen. Dazu gehört eben auch der Schutz vor ungewolltem Tracking im Netz.“

Die NEOS sind für eine Tracking-Einschränkung.

Liste Jetzt

“Tendenziell ja. Zumindest dort, wo durch Tracking Grundrechte oder persönliche Sicherheit gefährdet sind.“

Diese Antwort ist neutral zu werten, da sie zwar Einschränkungen fordert, aber nicht pauschal.

KPÖ

“Ja.“

Die KPÖ ist für Tracking-Einschränkungen.

Der Wandel

„Ja. Keine Datenverarbeitung ohne Einverständnis.“

 Der Wandel ist für Tracking-Einschränkungen.

Frage 9: Soll der Anonymität im Internet ein Riegel vorgeschoben werden, um Hass im Netz einzudämmen?

[#HassImNetz](#) [#Klarnamenpflicht](#) [#digitalerAusweiszwang](#)

ÖVP

"Immer wieder zeigen Fälle von Herabwürdigungen, Demütigungen und Übergriffen im Netz die Notwendigkeit klarer Spielregeln auf. Denn klar ist: Hass und Gewalt im Netz dürfen nicht ohne Konsequenzen bleiben und das Internet kann und darf kein rechtsfreier Raum sein. In der digitalen Welt müssen die gleichen Prinzipien gelten wie in der realen Welt. Den Betroffenen soll Schutz und Prävention durch eine digitale Ausweispflicht geboten werden. Opfer im Netz müssen die Möglichkeit bekommen, bei Rechtsverletzungen die Identität der Täter zu kennen. Die Anonymität fällt dabei aber nur im Zuge etwaiger gerichtlicher Ermittlungen. Daher stehen wir hinter dem eingebrachten Gesetz über Sorgfalt und Verantwortung im Netz."

 Die ÖVP ist für die Einschränkung der Anonymität im Netz

SPÖ

"Die Anonymität alleine hilft nicht gegen Hass im Netz, da viele Hasspostings durchaus unter Echtnamen geschrieben und veröffentlicht werden. Vielmehr sollten unbürokratische Anlaufstellen geschaffen werden, um Hasspostings aufzuzeigen und eine behördliche Verfolgung zu ermöglichen. Es gilt auch die Staatsanwaltschaften in solchen Fragen zu sensibilisieren, was insbesondere durch die Schaffung von einer Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft ermöglicht werden könnte. Hass im Netz, Mobbing und der richtige Umgang damit sollen auch ein Schwerpunkt an den Schulen sein, da immer mehr Schülerinnen und Schüler davon betroffen sind."

 Die SPÖ ist gegen eine Einschränkung der Anonymität im Internet.

FPÖ

keine Antwort

 Die FPÖ hat den Gesetzesvorschlag der ÖVP zum digitalen Ausweiszwang

mitgetragen.

NEOS

"Nein, denn alle Expert_innen, Studien und internationale Versuche zeigen: Weniger Anonymität führt nicht zu weniger Hasspostings, sondern schränkt das Recht auf freie Meinungsäußerung ein. Stattdessen braucht es spezialisierte Stellen zur Rechtsdurchsetzung gegenüber internationalen Internetunternehmen."

Die NEOS sind gegen eine Einschränkung der Anonymität im Internet.

Liste Jetzt

"Der Einsatz von Klarnamen schützt nicht vor Hass im Netz. Das belegen genügend Studien. Hass und Gewalt im Netz sind anders zu bekämpfen. Ein wesentlicher Hebel ist die Investition in Beauskunftungsstellen, die mutmaßliche Straftäter ausfindig machen."

Die Liste jetzt ist gegen eine Einschränkung der Anonymität im Internet.

Die Grünen

"Nein. Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung darf nicht an eine Registrierung mit Klarnamen gekoppelt werden. Mit einer Registrierungspflicht wäre der Massenüberwachung Tür und Tor geöffnet. Viele Täter_innen agieren außerdem bereits jetzt unter Klarnamen. Was es braucht, ist eine Verbesserung der gesetzlichen Bestimmungen, um den Opfern von Hass im Netz die Möglichkeit zu geben, vor Gericht gegen die Hetzer_innen vorzugehen."

Die Grünen sind gegen eine Einschränkung der Anonymität im Internet.

KPÖ

"Nein. Ein "digitales Vermummungsverbot" ist unverhältnismäßig, schränkt das Recht auf Privatsphäre ein und schützt vor allem die Opfer nicht. Wir halten davon nichts. Bei der Bekämpfung von Hass und Hetze im Netz muss es vor allem um den Schutz der Opfer gehen. Maßnahmen wie digitale Ausweispflichten, massives Speichern von Nutzerdaten, ein Verbot von Pseudonymen etc. sind unverhältnismäßig und unwirksam. Gleichzeitig gefährden sie freie Diskussion, bestehende Diskussions-Plattformen und können politische AktivistInnen gefährden. Beratungsorganisationen wie ZARA oder die Opferschutzorganisation Weisser Ring halten die Maßnahmen für ungeeignet hinsichtlich des Opferschutzes. Es gibt eine Reihe von Alternativvorschlägen die zeigen, dass es keinen Überwachungsstaat braucht um gegen Hass und Hetze im Netz vorzugehen und die Opfer zu schützen."

Die KPÖ ist gegen eine Einschränkung der Anonymität im Internet.

Der Wandel

„Nein. Ein digitaler Ausweiszwang verletzt sowohl die Persönlichkeits- und Freiheitsrechte der Bevölkerung als auch das Redaktionsgeheimnis und die Rechtssicherheit von Medien, sowie anderen PlattformbetreiberInnen. Beides verengt den Spielraum für kritische Öffentlichkeit.“

Der Wandel ist gegen eine Einschränkung der Anonymität im Internet

Frage 10: Ist Ihre Partei dafür, die bestehenden Überwachungsbefugnisse (z.B. Vorratsdatenspeicherung, Mafiaparagraf,...) zu evaluieren und diese, falls sie entweder nicht notwendig oder nicht verhältnismäßig sind, wieder zurückzunehmen?

#heat #überwachungsgesamtrechnung

ÖVP

„Der rasante technologische Fortschritt erfordert eine Anpassung der gesetzlichen Ermittlungsmöglichkeiten, um die Handlungsfähigkeit der österreichischen Behörden sicherzustellen. Daher wurde etwa im vergangenen Jahr das angesprochene Sicherheitspaket beschlossen. Wir müssen unsere Behörden mit maßvollen, aber notwendigen Instrumenten ausstatten, um Terror und schwerste Verbrechen aufklären zu können. Dazu zählte auch ein Schließen bisheriger Gesetzeslücken. Auch die Anlassdatenspeicherung ist nur auf Anordnung der Staatsanwaltschaft und nach richterlichem Beschluss ausschließlich bei Verdacht von besonders schweren Straftaten möglich und auf den Anschluss einer bestimmten Person beschränkt. Klar ist aber auch, dass alle Befugnisse der Sicherheitsbehörden regelmäßig evaluiert werden müssen, damit sichergestellt werden kann, dass die Exekutive mit den ihr zur Verfügung stehenden Maßnahmen und unter voller Einhaltung der Grundrechte Kriminalitätsformen wirkungsvoll bekämpfen kann.“

Die ÖVP spricht sich nicht dezidiert dafür aus, unwirksame Maßnahmen wieder zurückzunehmen.

SPÖ

„Selbstverständlich, wo es notwendig war, hat die SPÖ auch die notwendigen Schritte gesetzt, um eine Überprüfung durch die Höchstgerichte herbeizuführen.“

Die SPÖ ist dafür, Maßnahmen bei Bedarf auch wieder zurückzunehmen.

FPÖ

keine Antwort

Die Position der FPÖ ist völlig unklar. Da aber unter einem blauen Innenminister auch grundrechtswidrige Maßnahmen beschlossen wurden, mit denen sich Höchstgerichte befassen, ist davon auszugehen, dass die FPÖ gegen eine Rücknahme ist.

NEOS

"Ja, wir NEOS fordern schon seit Jahren eine systematische Überwachungsgesamtrechnung. Es ist unbedingt notwendig die bestehenden Ermittlungsmethoden und -befugnisse auf ihre Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls aufzuheben. Bis dahin sollen keine weiteren Überwachungsmaßnahmen eingeführt werden."

Die NEOS sind dafür, Maßnahmen bei Bedarf auch wieder zurückzunehmen.

Liste Jetzt

"Ja."

Die Liste Jetzt ist dafür, Maßnahmen bei Bedarf auch wieder zurückzunehmen.

Die Grünen

Ja, definitiv. Bestehende Ermittlungsmethoden und -befugnisse sind einer umfassenden Evaluierung unter Einbindung der Zivilgesellschaft und unabhängiger Expert_innen zu unterziehen. Die Schwerpunkte einer solchen Evaluierung müssen Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit aber auch Wirksamkeit des Rechtsschutzes beinhalten. Es sind jedenfalls auch die Auswirkungen der Ermittlungsmethoden auf die österreichische Demokratie und Zivilgesellschaft zu berücksichtigen.

Die Grünen sind dafür, Maßnahmen bei Bedarf auch wieder zurückzunehmen.

KPÖ

"Ja. Im Ausbau von Überwachungsbefugnissen und schwammigen repressiven Gesetzen wie dem Mafiaparagrafen sehen wir die Gefahr einer autoritären Entwicklung gegeben."

Die KPÖ ist dafür, Maßnahmen bei Bedarf auch wieder zurückzunehmen.

Der Wandel

"Ja, wenn nötig auch auf europäischer Ebene. Dabei ist es uns wichtig, dass digitale und analoge Überwachungsbefugnisse jeweils auch gemeinsam betrachtet und gegenübergestellt werden - unter anderem auch um ein gesellschaftliches Bewusstsein für die Gemeinsamkeiten und Unterschiede

zwischen diesen beiden Lebensbereichen zu stärken und so die digitale Mündigkeit in Österreich zu erhöhen."

 Der Wandel ist dafür, Maßnahmen bei Bedarf auch wieder zurückzunehmen.